

GASTKOMMENTARE

WAHLALTER SENKEN?

Aber unbedingt

PRO



Markus Decker, Redaktionsnetzwerk Deutschland

Auf die Frage, ob das aktive Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden sollte, kann es nur eine Antwort geben: Ja! 16-Jährige sind heute mündiger, als es 16-Jährige vor 30 Jahren waren. Das hat mit dem Problem der modernen Welt wie mit der Verbreitung von Informationen durch die Digitalisierung zu tun. Und wer mündig ist, sollte wählen dürfen. Umgekehrt gibt es durchaus mal 36-Jährige, an deren Mündigkeit man zweifeln darf. Ein weiterer Grund für die Senkung des Wahlalters hat mit dem bereits erwähnten Problemdruck zu tun. Da fallen natürlich zunächst stets die Vokabeln Klimawandel und Klimaschutz. Aber das Thema ist es nicht allein. Was aus ihrer Rente wird, sollte Junge ebenfalls interessieren und tut es auch. Weichen, die in der Rentenpolitik heute so oder anders gestellt werden, wirken sich ohnehin meist erst in Jahrzehnten aus. Der letzte Grund ergibt sich aus der demografischen Entwicklung – sprich: der Alterung der Gesellschaft. Wenn es in der Wählerschaft relativ gesehen immer mehr Senioren gibt, dann ist es geradezu zwingend, durch die Senkung des Wahlalters ein Gegengewicht zu schaffen. Alles andere würde nicht allein zu einer Benachteiligung der Jungen durch die Alten führen. Es droht außerdem, dass Politik und Gesellschaft sonst erstarren, weil ältere Menschen dazu neigen, den Status quo bewahren oder gar die Vergangenheit zurückholen zu wollen. Nur junge Gesellschaften sind auf Dauer moderne und dynamische Gesellschaften. Das sollte in der Politik seinen Niederschlag finden. Auch wenn die Senkung des Wahlalters bis zu dieser Bundestagswahl nicht Wirklichkeit wurde: Bis zur nächsten regulären Bundestagswahl im Jahr 2025 sollte sie kommen – und zwar unbedingt.

Nicht nötig

CONTRA



Kerstin Münstermann, »Rheinische Post«, Düsseldorf

Die Diskussion um das Wahlalter ist nur vorgeblich eine, um den Belangen der Jugend entgegenzukommen. Die Idee, Menschen ab 16 wählen zu lassen, ist vor allem eine Debatte, in der es um knallharte Machtinteressen geht. Ein Wählerpotential zu heben – da sind vor allem die weit vorne dabei, die vermeintlich davon profitieren können. Der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl (Grundgesetz-Artikel 38 Absatz 1 Satz 1) garantiert das Wahlrecht aller Bürger. Es ist ein hohes Gut. An der Verfassung herumzuschrauben, ist grundsätzlich heikel und muss hervorragend begründet sein. Es ist richtig: In etlichen Bundesländern dürfen 16-Jährige schon jetzt in den Kommunen wählen, auch auf Landesebene ist es bereits möglich. In Österreich wurde 2007 das Wahlalter für die nationalen Wahlen beschlossen. Sollte es also auch für die Bundestagswahl gelten? Natürlich ist der 18. Geburtstag eine willkürlich gezogene Grenze, viele 16-Jährige haben wahrscheinlich ein weitaus größeres politisches Gespür und Interesse als mancher Senior. Auch sind durch die Vielzahl von Medien Jugendliche mittlerweile politisch gut informiert – wenn sie es sein wollen. Doch: Das Wahlrecht, so sagt es schon der Name, ist ein Recht. Mit Rechten gehen Pflichten einher. Sowohl das Zivilrecht als auch das Strafrecht sehen ab 18 Jahren mehr rechtliche Verantwortung vor. Aus guten Gründen liegt die Strafmündigkeit, ebenso wie die volle Geschäftsfähigkeit, ebenfalls bei 18 Jahren – wer das Wahlrecht antastet, müsste sich dann konsequenterweise auch daran machen, anderes neu zu bewerten. So könnte ein gesenktes Wahlalter auch ein Pyrrhussieg sein – und die Jugend früher beenden.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 14. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Müller-Böhm, vor vier Jahren sind Sie mit nur 24 Jahren als jüngster Abgeordneter in den Bundestag eingezogen. Wie würden Sie Ihre erste Legislatur in drei Worten zusammenfassen? Spontan: Zwiespältig. Ausnahmezustand. Neue Erfahrungen.

Als wir damals miteinander sprachen, erzählten Sie mir, dass Sie bald Ihr erstes juristisches Staatsexamen ablegen wollen. Hat das geklappt? Leider nicht. Die Wochen in Berlin und im Wahlkreis sind zu voll, um nebenbei noch 30, 40 Stunden zum Lernen aufzubringen. Das hätte ich in dem Umfang nicht erwartet. Aber da ich im nächsten Bundestag nicht mehr vertreten sein werde, kann ich mich bald wieder um mein Studium kümmern. Als Direktkandidat der FDP in meinem Wahlkreis Oboershausen habe ich keine Chance auf einen Wiedereinzug und einen Listenplatz habe ich nicht bekommen.

Hätten Sie gern weitergemacht? Das war natürlich mein Ziel. Ich habe die Arbeit als große Bereicherung empfunden und gerade in der Corona-Zeit gemerkt, wie viel Positives man als Abgeordneter erreichen kann. Aber innerhalb meiner Partei wurden Entscheidungen zu meinen Ungunsten getroffen und das akzeptiere ich.

Was sehen Sie als Ihren größten Erfolg an? Im Tourismusausschuss haben wir zum Beispiel gemeinsam erreicht, dass die Bundesregierung bei ihren Hilfspaketen zur Bewältigung der Corona-Krise auch die Tourismusbranche berücksichtigt. Die ist bei den ersten Programmen komplett leer ausgegangen, obwohl sie früh stark betroffen war von der Pandemie. Das war ein wirklich schöner Moment zu sehen: Wir haben den notwendigen Druck aufgebaut, die Bundesregierung tut endlich was.

Sie haben auch ordentlich Kritik einstecken müssen. Ihnen wurde vorgeworfen, als Schatzmeister der Jungen Liberalen, Aufträge intransparent an Ihr eigenes Unternehmen vergeben zu haben. 2019 hieß es, Sie hätten Likes auf sozialen Netzwerken gekauft. Welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen? Was den ersten Punkt betrifft, habe ich sowohl meine Aufgabe als Schatzmeister als auch meine Firmenanteile abgegeben. Zum zweiten Punkt äußere ich mich nach wie vor nicht öffentlich. Nur so viel: Es ist sicher nicht alles gut gelaufen und ich habe daraus gelernt. Unter anderem, dass ich auch andere Dinge jetzt mehr hinterfrage.

Welche? Es wird meiner Meinung nach viel zu wenig darüber diskutiert, was wirklich produktiv und sinnvoll an der Arbeit im Bundestag ist. Stattdessen wird stur an bestimmten Ritualen festgehalten, die ein effizientes und zielführendes Arbeiten behindern.

Jetzt müssen Sie aber Beispiele nennen. Nehmen Sie den Vorgang einer namentlichen Abstimmung: Da werfen wir Abgeordneten 20, 30 Minuten lang Karten in ein Behältnis. An manchen Sitzungstagen machen wir das sechs, sieben Mal. Was könnte man an Zeit sparen, wenn man das digital organisieren würde! So endet die Plenarsitzung statt um 21 Uhr schnell um Mitternacht. Die ständigen Nachsitzungen machen die Arbeit aber auch nicht besser. Welches öffentliche Interesse wird dadurch befriedigt, dass wir um zwei Uhr nachts vollkommen übermüdet Debatten im Bundestag führen?

Wie sollen die Themen sonst behandelt werden?

»Müssen schneller werden«

ROMAN MÜLLER-BÖHM Der FDP-Politiker und jüngste Abgeordnete des Bundestages über Erfolge, eigene Fehler und den Reformbedarf des Parlaments



© mueller-boehm.abgeordnete.fdpbt.de

Der Bundestag muss schneller zu Entscheidungen kommen. Die Entwicklungsgeschwindigkeit unserer Gesellschaft hat extrem zugenommen, zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung. Krisen und globale Konflikte erfordern kurzfristige Reaktionen. Da geht es nicht, dass Gesetzesvorlagen Monate oder sogar Jahre zwischen Regierung und Parlament hin- und hergeschoben werden. Gleichzeitig sorgt die Koalitionsmehrheit häufig dafür, dass Anliegen der Opposition immer wieder von der Tagesordnung abgesetzt werden. Das weicht

von Soll-Zustand einer parlamentarischen Demokratie maximal ab.

Das die Opposition es schwerer hat, ihre Themen durchzubringen, liegt doch aber in der Natur der Sache – Mehrheit entscheidet.

Naja, im Tourismusausschuss haben wir Fachpolitiker oft über die Fraktionsgrenzen hinweg einen guten Konsens gefunden. Aber im Plenum hat das keine Rolle mehr gespielt, da stimmen die Koalitionsfraktionen grundsätzlich gegen die Anträge der

Opposition. Gute Ideen werden so aus reinem Formalismus nicht umgesetzt. Faktisch leben wir in einer Regierungsdemokratie. Weil jede mehrheitsfähige Vorlage im Bundestag von der Regierung oder aus einem Ministerium kommt, haben deren Fachreferenten oft mehr Einfluss auf einen Gesetzestext als wir, die Abgeordneten.

Wie kann das Ihrer Meinung nach anders gehen?

Der Ort der Entscheidungsfindung sollte das Parlament sein und nicht das Kanzleramt oder die Ministerien. Man sollte die Fachpolitiker hier machen lassen und offener sein für fraktionsübergreifende Initiativen. Ich würde mir ohnehin wünschen, dass wir wegkommen von starren Koalitionsverträgen hin zu einem Bündnis von CDU/CSU, SPD, Grünen und uns, das sich in grundsätzlichen Fragen wie der Außenpolitik und dem Staatshaushalt einigt. Bislang spiegeln die Entscheidungen im Bundestag die Stimmenanteile der verschiedenen Parteien nur ungenügend wider.

Eine Zusammenarbeit mit AfD und Linken lehnen Sie ab? Die AfD hat im Bundestag mehr Sitze als die FDP...

Es gibt viele Kollegen der Linken, die ich persönlich sehr schätze. Es gibt jedoch bei beiden Parteien grundlegende Differenzen, die eine Zusammenarbeit verhindern: das fehlende Bekenntnis zu EU und Nato sowie ein destruktives Verhalten gegenüber unserer Demokratie und sozialen Marktwirtschaft. Dies ist für mich nicht verhandelbar und mir erscheint eine Zusammenarbeit unter diesen Voraussetzungen unmöglich.

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten liegt in der aktuellen Legislaturperiode bei 49,9 Jahren. Ist es ein Manko, dass so wenig junge Menschen im Parlament sitzen?

Grundsätzlich denke ich, dass 80-Jährige gute Politik für 20-Jährige machen können und umgekehrt. Andererseits sehe ich schon, dass viele Entscheidungen nicht im Sinne von jungen Menschen getroffen werden. Die Corona-Regeln belasten sie in besonderem Maße. Themen wie Staatsfinanzen, Schulden, die Zukunft unserer Sozialversicherungssysteme und Klimaschutz werden seit Jahren und Jahrzehnten nicht grundlegend angegangen. Trotzdem kann niemand sicher sagen, ob ein Parlament mit einem Durchschnittsalter von 25 automatisch bessere Entscheidungen für Jüngere treffen würde. Da spielen immer auch der allgemeine Zeitegeist und der politische Mainstream eine Rolle.

Welchen Rat würden Sie jungen Abgeordneten im neuen Bundestag mit auf den Weg geben?

Das ich mit Ende 20 belehrende Ratschläge gebe, wollte ich immer vermeiden. Aber eines würde ich schon empfehlen: Mehr Mut! Folgt Eurem politischen Instinkt. Als Neuling im politischen Betrieb ist man anfangs oft eingeschüchtert und will keine Fehler machen. Ich habe gelernt, dass es besser ist, lieber einmal zu viel die Meinung gesagt zu haben als zu wenig.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Roman Müller-Böhm (FDP) sitzt seit 2017 im Deutschen Bundestag und ist Mitglied im Rechtsausschuss und im Tourismusausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Aufräumerin: Kristina Nordt

Die meisten Abgeordneten kommen in den Bundestag nach einem langen Wahlkampf. Kristina Nordt aber nahm überraschend den Fahrstuhl. Es ist später Nachmittag, sie ist zuhause und hütet das Kind, plant Aufträge – und gibt ein Interview. Als die Erfurterin, 39, im Frühjahr 2021 erfuhr, dass sie in den Bundestag nachrücken möge, „war ich völlig platt“, hatte sie doch gerade beim Kolping-Bildungswerk Thüringen eine neue Stelle als Assistentin der Geschäftsführung angetreten.

Doch ihr Vorgänger, Mark Hauptmann, war für CDU und Fraktion untragbar geworden, nach einem mutmaßlichen Lobbying für autokratische Regime und der Vermittlung von Masken. Nordt hatte 2017 auf Platz sechs der Landesliste kandidiert und war nun die nächste. Als sie von den Vorwürfen gegenüber Hauptmann hörte, gab es einen Moment „völliger Sprachlosigkeit“. Sie habe sich das persönlich von ihm nicht vorstellen können, „ich war enttäuscht“. Sie habe kurz gezögert und dann die Bitte ums Nachrücken angenommen. „Ich werde mein Möglichstes tun, um dem Eindruck, den die Politik in den vergangenen Tagen manchmal vermittelt hat, mit Fleiß und Aufrichtigkeit entgegenzuwirken“, erklärte sie damals laut einer der thüringischen CDU verbreiteten Mitteilung. Also zog sie nach Berlin, „die Möglichkeit des Gestaltens reizte mich“. Schließlich stammt Nordt aus einer politischen Familie. Die Mutter ist Lehrerin, der Vater ehemaliger Richter, Abgeordneter und Innenminister in Thüringen. Nordt war zwölf, als die Familie aus Kaiserslautern nach Erfurt zog. „Klar war ich von der Idee anfangs

nicht begeistert“, erinnert sie sich, „aber ich fand Erfurt von Beginn an schön, und es wirkte ein Abenteuer.“ Als Jugendliche habe sie dann die Frage fasziniert, wie Staatsstrukturen funktionieren. Die CDU sei schon damals ihr „Heimathafen“ gewesen, das sei durchaus auch elterlich geprägt gewesen, „aber natürlich auch durch die Werte: Der Staat soll nicht alles regeln, sondern das Individuum im Zentrum stehen“.

Nach dem Abi studierte Nordt Staatswissenschaften und trat da-



© DBT/Agens leske

»Ich wünsche mir, dass der Wahlkreis weiterhin von der CDU vertreten wird. Das braucht er.«

nach zwischen 2005 und 2007 eine Stelle als Referentin im Sozialministerium an. Sie habe damals die Exekutive gut kennengelernt, „dann zog es mich zur Legislative, zum Mitbestimmen und Mitlösen“; sie arbeitete bis 2020 als Referentin in der Landtagsfraktion. Und schließlich das Abenteuer Bundestag. Der wirkte auf sie im ersten Moment größer und unübersichtlicher, wie sie sagt. „Der Apparat ist viel weitläufiger.“ Umso herzlicher sei die Aufnahme

in der Fraktion und bei der Gruppe der Frauen gewesen – „die Vorsitzende hat ihr Büro nur wenige Zimmer entfernt, das half sehr“. Die Ausschüsse übernahm Nordt von Hauptmann: Sie ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und im Auswärtigen Ausschuss. „Bildung wäre mein Lieblingsausschuss gewesen“, sagt sie, aber sie stand in der Verantwortung. Nur wenige Wochen später die erste Rede im Plenum, „danach verspürte ich Erleichterung und Zufriedenheit“.

Wie es weitergeht, ist ungewiss. Nordt kandidiert wieder auf Platz sechs der Landesliste für den nächsten Bundestag, doch „die Chancen sind eher bescheiden“, konstatiert sie. Im Wahlkreis, den Hauptmann innehatte, kandidiert Hans-Georg Maaßen, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsschutzes. Einige parteiinterne Kritik gibt es an der Kandidatur, wegen Maaßens rechtspopulistischen Tendenzen, so der Vorwurf; zuletzt rief ein Mitglied des „Kompetenzteam“ von Kanzlerkandidat Armin Laschet indirekt zur Wahl von Maaßen SPD-Kontrahenten im Wahlkreis auf. Ärger es sie, dass sie im Wahlkreis nicht antritt? „Nein, das war die Entscheidung der Kreisverbände. Und ich wünsche mir, dass der Wahlkreis weiterhin von der CDU vertreten wird. Das braucht er.“ Das heißt: Womöglich wird das Bundestagsmandat für Nordt vorerst ein Ausflugsort gewesen sein. Einer, den sie aus Verantwortung antrat und der ihr durchaus gefiel. Reicht es nicht, würde sie wieder zurück wechseln ins Kolping-Bildungswerk. „Diese Bildungsarbeit ist auch sehr spannend.“ Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos Stephan Roters

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Redaktionsschluss 17. September 2021

Druck und Layout Frankfurt Societatis-Druckerei GmbH & Co. KG Kurhessenstraße 4–6 64546 Mörfelden-Walldorf Postfach 1363 82034 Daisenhofen Telefon (089) 8 58 53-8 32 Telefax (089) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Leserservice/Abonnement FAZIT Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Daisenhofen Telefon (089) 8 58 53-8 32 Telefax (089) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur N. N.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah) v.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure Lisa Brüßler (lbr) Claudia Heine (che) Claus Peter Kosfeld (pk) Johanna Metz (joh) Sören Christian Reimer (scr) Cvd Sandra Schmid (sas) Helmut Stoltenberg (sto) Alexander Weinlein (aw)

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.